



IW: Bis 2030 verschlingt der Zins fast jeden fünften Steuereuro

Dirk Stein

Das Bundeskabinett hat die Finanzplanung bis 2030 beschlossen: 972 Milliarden Euro neue Schulden sind vorgesehen. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft steigt die Zins-Steuer-Quote von 7,7 auf 18,1 Prozent. Damit ist künftig fast jeder fünfte Euro aus Steuereinnahmen für Zinsen reserviert.

Zinsen verdrängen politische Spielräume

Der Mechanismus ist einfach: Höhere Schulden bei höheren Zinsen führen zu dauerhaft gebundenen Ausgaben. Diese Mittel fehlen an anderer Stelle. Anders als Investitionen schaffen Zinszahlungen keinen wirtschaftlichen Mehrwert – sie sichern nur vergangene Finanzierung. Der Haushalt wird damit unflexibler, politische Gestaltungsspielräume schrumpfen.

Investitionen wachsen – aber nur außerhalb des Kernhaushalts

Die Bundesregierung verweist auf steigende Investitionen. Laut IW stammen diese jedoch vor allem aus Sondervermögen wie dem Infrastruktur- und Klimafonds. Im eigentlichen Bundeshaushalt sinkt dagegen die Investitionsquote von 9,3 auf 7,7 Prozent. Der Zuwachs

entsteht also nicht durch eine echte Verschiebung der Prioritäten im Haushalt, sondern durch Auslagerung.

Rechentricks sichern die Quote

Dass die Investitionsvorgaben formal eingehalten werden, liegt laut IW auch an einer technischen Bereinigung: Kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben werden aus der Quote herausgerechnet. So wird das Ziel erreicht, ohne dass der Haushalt strukturell investiver wird. Finanzierung bleibt offen. Zugleich bleiben zentrale Punkte ungeklärt. Einsparungen im Sozialbereich und bei Subventionen sind bislang nicht konkret beschlossen. Zusätzliche Einnahmen sind nicht gesetzlich verankert. Auch Tilgungen werden in die Zukunft verschoben. Die IW-Analyse zeigt damit eine Planung, die auf Annahmen basiert, nicht auf gesicherten Entscheidungen.

Der Haushalt wird vorentschieden

Die Entwicklung hat eine klare Wirkung: Ein wachsender Teil der Einnahmen ist fest gebunden, während die Finanzierung

neuer Ausgaben unsicher bleibt. Für Unternehmen und Investoren erhöht das die Unsicherheit über künftige Steuern und Abgaben. Am Ende verschiebt sich das Gewicht im Haushalt: Nicht neue politische Prioritäten bestimmen die Ausgaben, sondern bestehende Verpflichtungen. Wenn fast jeder fünfte Euro für Zinsen gebunden ist, wird der Haushalt weniger gestaltbar – und stärker von der Vergangenheit bestimmt.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW), [Tobias Hentze](#), [IW-Nachrichten, 29. April 2026](#)

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949593/iw-zinslast-bundeshaushalt-2030/>